

No. 42445

**Germany
and
France**

Agreement between the Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the French Republic on the mutual protection of classified material. Berlin, 15 March 2005

Entry into force: *1 December 2005 by notification, in accordance with article 17*

Authentic texts: *French and German*

Registration with the Secretariat of the United Nations: *Germany, 3 March 2006*

**Allemagne
et
France**

Accord entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de la République française sur la protection réciproque des informations classifiées. Berlin, 15 mars 2005

Entrée en vigueur : *1er décembre 2005 par notification, conformément à l'article 17*

Textes authentiques : *français et allemand*

Enregistrement auprès du Secrétariat des Nations Unies : *Allemagne, 3 mars 2006*

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

Auswärtiges Amt
Politisches Archiv
-Vertragsarchiv-
FRA 251/7

Abkommen
zwischen
der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
der Regierung der Französischen Republik
über
den gegenseitigen Schutz
von Verschlusssachen

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Französischen Republik,

im Folgenden als "Vertragsparteien" bezeichnet –

in Anbetracht des am 27. Juli 2000 unterzeichneten Rahmenübereinkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland, der Französischen Republik, der Italienischen Republik, dem Königreich Spanien, dem Königreich Schweden und dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland über Maßnahmen zur Erleichterung der Umstrukturierung und der Tätigkeit der Europäischen Rüstungsindustrie, im Folgenden als "Rahmenübereinkommen" bezeichnet,

in dem beiderseitigen Wunsch, den Schutz von Verschlusssachen zu gewährleisten, die im Rahmen bereits geschlossener oder noch zu schließender Abkommen über Zusammenarbeit und im Rahmen von Ausschreibungen, Verträgen oder Aufträgen öffentlicher oder privater Stellen der Vertragsparteien zwischen den Vertragsparteien ausgetauscht werden –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1
Begriffsbestimmungen

Im Sinne dieses Abkommens gelten folgende Begriffsbestimmungen:

"Verschlusssachen" bezeichnet Informationen und Materialien unabhängig von ihrer Form, Natur und Übermittlungsart, die als geheimhaltungs- oder schutzbedürftig eingestuft worden sind und im Interesse der nationalen Sicherheit und nach den innerstaatlichen Gesetzen und sonstigen Vorschriften der Vertragsparteien eines Schutzes vor Gefährdung, Zerstörung, Unterschlagung, Bekanntgabe, Verlust oder Zugang durch eine nicht ermächtigte und befugte Person bedürfen;

"Verschlusssachenauftrag" bezeichnet einen Vertrag zwischen einer von einer Vertragspartei ermächtigten natürlichen oder juristischen Person (amtlicher/nicht amtlicher Auftraggeber) und einer von der anderen Vertragspartei ermächtigten natürlichen oder juristischen Person (Auftragnehmer), in dessen Rahmen Verschlusssachen aus dem Staat des Auftraggebers dem Auftragnehmer zu überlassen oder Mitarbeitern des Auftragnehmers, die Arbeiten in Ein-

richtungen des Auftraggebers durchzuführen haben, zugänglich zu machen sind. Im Rahmen eines Verschlussauftrags können Verschlussarbeiten auf der Grundlage der überlassenen Verschlussarbeiten erzeugt werden;

"herausgebende Vertragspartei" bezeichnet die Vertragspartei, die der anderen Vertragspartei eine Verschlussarbeit aushändigt oder übermittelt;

"entgegennehmende Vertragspartei" bezeichnet die Vertragspartei, der von der herausgebenden Vertragspartei eine Verschlussarbeit ausgehändigt oder übermittelt wird;

"NSB/BSB" bezeichnet die Nationale Sicherheitsbehörde/Beauftragte Sicherheitsbehörde.

Artikel 2 Entsprechungen

(1) Die Vertragsparteien legen fest, dass folgende Geheimhaltungsgrade vergleichbar sind:

Bundesrepublik Deutschland	Französische Republik
STRENG GEHEIM	TRES SECRET DEFENSE
GEHEIM	SECRET DEFENSE
VS-VERTRAULICH	CONFIDENTIEL DEFENSE
VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH	siehe Absatz 2

(2) Die Französische Republik behandelt und schützt Informationen des Geheimhaltungsgrads VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH der Bundesrepublik Deutschland gemäß ihren nationalen Gesetzen und Verordnungen über geschützte, aber nicht eingestufte Informationen, die DIFFUSION RESTREINTE entsprechen. Die Bundesrepublik Deutschland behandelt und schützt geschützte, aber nicht eingestufte Informationen, die DIFFUSION RESTREINTE entsprechen und die von der Französischen Republik übermittelt werden, entsprechend ihren Gesetzen und Rechtsverordnungen für den Geheimhaltungsgrad VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH.

Artikel 3 Kennzeichnung

(1) Bei Eingang der von der anderen Vertragspartei stammenden Verschlussarbeiten bringt die entgegennehmende Vertragspartei im Einklang mit den in Artikel 2 festgelegten Entsprechungen und Bestimmungen ihre eigenen Verschlussarbeitenstempel/Schutzmarkierungen darauf an.

(2) Die Kennzeichnungspflicht gilt auch für Verschlusssachen, die im Empfängerstaat aus der übermittelten Verschlusssache entstehen, und für im Empfängerstaat hergestellte Kopien.

(3) Geheimhaltungsgrade/Schutzmarkierungen werden von der für den Empfänger der Verschlusssache zuständigen Behörde auf Ersuchen der herausgebenden Vertragspartei geändert oder aufgehoben. Die herausgebende Vertragspartei teilt der zuständigen Behörde der anderen Vertragspartei ihre Absicht, einen Geheimhaltungsgrad zu ändern oder aufzuheben, sechs Wochen im Voraus mit.

Artikel 4

Innerstaatliche Maßnahmen

Die Vertragsparteien treffen im Rahmen ihrer innerstaatlichen Gesetze und sonstigen Vorschriften alle geeigneten Maßnahmen, um Verschlusssachen, die nach diesem Abkommen übermittelt werden oder beim Auftragnehmer im Zusammenhang mit einem Verschlusssachenauftrag entstehen, zu schützen. Sie gewähren derartigen Verschlusssachen mindestens den gleichen Schutz, wie er im Verfahren für eigene Verschlusssachen des/der entsprechenden Geheimhaltungsgrads/Schutzmarkierung gilt.

Artikel 5

Allgemeine Vorschriften betreffend den Zugang Einzelner

(1) Der Zugang zu Verschlusssachen des Geheimhaltungsgrads VS-VERTRAULICH/ CONFIDENTIEL DEFENSE oder höher im Rahmen dieses Abkommens ist nach Maßgabe der folgenden Absätze auf natürliche Personen beschränkt, welche die Bedingung "Kenntnis nur, wenn nötig" erfüllen und für die eine Sicherheitsunbedenklichkeitsbescheinigung entsprechend dem Geheimhaltungsgrad der Verschlusssachen ausgestellt worden ist, zu denen sie Zugang haben müssen.

(2) Der Zugang zu Verschlusssachen des Geheimhaltungsgrads STRENG GEHEIM/TRES SECRET DEFENSE durch eine natürliche Person mit der alleinigen Staatsangehörigkeit einer Vertragspartei wird ohne vorherige Genehmigung der herausgebenden Vertragspartei gewährt.

(3) Der Zugang zu Informationen nach Artikel 2 Absatz 2 erfolgt lediglich nach dem Grundsatz "Kenntnis nur, wenn nötig" und bedarf keiner Sicherheitsunbedenklichkeitsbescheinigung.

(4) Die Ermächtigung für den Zugang wird bei den zuständigen Behörden der Vertragspartei beantragt, in deren Hoheitsgebiet der Zugang zu Verschlusssachen erforderlich ist.

(5) Die Vertragsparteien dürfen Verschlusssachen weder freigeben, bekannt geben oder nutzen noch deren Freigabe, Bekanntgabe oder Nutzung gestatten, es sei denn, dies geschieht zu dem von der herausgebenden Vertragspartei festgelegten Zweck und mit den von ihr festgelegten Einschränkungen.

(6) Ohne vorherige schriftliche Genehmigung der herausgebenden Vertragspartei dürfen Verschlusssachen einer der beiden Vertragsparteien von der anderen Vertragspartei nicht an Drittstaaten oder eine internationale Organisation übermittelt werden.

(7) Die Vertragsparteien sorgen innerhalb ihres jeweiligen Hoheitsgebiets für die Durchführung der im Hinblick auf die Einhaltung der innerstaatlichen Geheimschutzvorschriften erforderlichen Sicherheitsinspektionen.

Artikel 6

Vorschriften betreffend den Zugang Einzelner im Rahmen von Verschlusssachenaufträgen

(1) Eine von der NSB/BSB oder einer anderen zuständigen innerstaatlichen Behörde einer Vertragspartei des Rahmenübereinkommens ausgestellte Sicherheitsunbedenklichkeitsbescheinigung wird von den Vertragsparteien dieses Abkommens für eine Beschäftigung anerkannt, bei welcher der Zugang zu Verschlusssachen im Rahmen von Verschlusssachenaufträgen der Rüstungsindustrie erforderlich ist.

(2) Der Zugang zu Verschlusssachen des Geheimhaltungsgrads VS-VERTRAULICH/ CONFIDENTIEL DEFENSE oder GEHEIM/SECRET DEFENSE durch eine Person mit der alleinigen Staatsangehörigkeit einer Vertragspartei des Rahmenübereinkommens wird ohne vorherige Genehmigung der herausgebenden Vertragspartei gewährt.

(3) Der Zugang zu Verschlusssachen des Geheimhaltungsgrads VS-VERTRAULICH/ CONFIDENTIEL DEFENSE oder GEHEIM/SECRET DEFENSE durch eine Person, die sowohl die Staatsangehörigkeit einer Vertragspartei des Rahmenübereinkommens als auch die eines anderen Staates der Europäischen Union besitzt, wird ohne vorherige Genehmigung der herausgebenden Vertragspartei gewährt. Soweit der Zugang nicht durch diesen Absatz erfasst ist, wird nach dem in Absatz 4 beschriebenen Konsultationsverfahren vorgegangen.

(4) Der Zugang zu Verschlusssachen des Geheimhaltungsgrads VS-VERTRAULICH/ CONFIDENTIEL DEFENSE oder GEHEIM/SECRET DEFENSE durch eine Person, die nicht die Staatsangehörigkeit einer Vertragspartei des Rahmenübereinkommens besitzt, unterliegt der

vorherigen Konsultation mit der herausgebenden Vertragspartei. Das Konsultationsverfahren in Bezug auf solche Personen ist folgendes:

1. Die Vertragsparteien benachrichtigen und konsultieren einander, wenn Staatsangehörigen von Nichtvertragsparteien des Rahmenübereinkommens der Zugang zu Verschlusssachen aus einem Vorhaben/Programm gewährt werden muss.
2. Dieses Verfahren wird vor Beginn oder gegebenenfalls im Laufe eines Vorhabens/Programms eingeleitet.
3. Die übermittelten Informationen sind auf die Staatsangehörigkeit der betreffenden natürlichen Person(en) beschränkt.
4. Die konsultierte Vertragspartei prüft, ob der Zugang durch Staatsangehörige einer Nichtvertragspartei des Rahmenübereinkommens annehmbar ist oder nicht.
5. Solche Konsultationen sind dringlich zu behandeln mit dem Ziel, Konsens herbeizuführen. Wo dies nicht möglich ist, ist die Entscheidung des Herausgebers anzunehmen.

(5) Um jedoch den Zugang zu diesen Verschlusssachen zu vereinfachen, bemühen sich die Vertragsparteien, in programmbezogenen Sicherheitsanweisungen oder anderen geeigneten Dokumenten, die von den betroffenen NSB/BSB gebilligt sind, zu vereinbaren, dass derartige Zugangsbeschränkungen weniger streng sein können oder gar nicht erforderlich sind.

(6) Verlangt die herausgebende Vertragspartei aus besonderen Sicherheitsgründen, dass der Zugang zu Informationen des Geheimhaltungsgrads/der Schutzmarkierung VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH/DIFFUSION RESTREINTE, VS-VERTRAULICH/CONFIDENTIEL DEFENSE oder GEHEIM/SECRET DEFENSE ausschließlich auf natürliche Personen beschränkt wird, welche die alleinige Staatsangehörigkeit der entgegennehmenden Vertragspartei besitzen, so werden diese Informationen mit dem entsprechenden Geheimhaltungsgrad und dem Zusatzvermerk "Nur für deutsche und französische Staatsangehörige bestimmt"/"SPECIAL FRANCE-ALLEMAGNE" versehen.

Artikel 7

Vergabe von Verschlusssachenaufträgen an Unternehmen

(1) Vor Vergabe eines Verschlusssachenauftrags des Geheimhaltungsgrads VS-VERTRAULICH/CONFIDENTIEL DEFENSE und GEHEIM/SECRET DEFENSE holt der Auftraggeber über die für ihn zuständige Behörde bei der für den Auftragnehmer zuständigen Behörde einen Sicherheitsbescheid ein, um sich vergewissern zu können, ob der in Aussicht genom-

mene Auftragnehmer der Geheimschutzaufsicht durch die zuständige Behörde seines Staates unterliegt und ob er die für die Auftragsdurchführung erforderlichen Geheimschutzvorkehrungen getroffen hat. Dabei wird das folgende Verfahren angewandt:

1. Hat der Auftragnehmer die erforderlichen Sicherheitsvorkehrungen noch nicht getroffen, so kann die für den Auftraggeber zuständige Behörde gleichzeitig die für den Auftragnehmer zuständige Behörde ersuchen, den Auftragnehmer dazu zu veranlassen, dass er die nach den innerstaatlichen Geheimschutzvorschriften erforderlichen Sicherheitsvorkehrungen trifft, und ihm sodann den entsprechenden Sicherheitsbescheid auszustellen.
 2. Ein Sicherheitsbescheid ist auch dann einzuholen, wenn ein Unternehmer zur Abgabe eines Angebots aufgefordert worden ist oder Bewerbern im Rahmen eines Ausschreibungsverfahrens bereits vor Auftragserteilung Verschlusssachen übergeben werden müssen.
 3. Ersuchen um Ausstellung eines Sicherheitsbescheids für Auftragnehmer aus dem Staat der anderen Vertragspartei enthalten Angaben über das Vorhaben sowie die Art, den Umfang und den Geheimhaltungsgrad der dem Auftragnehmer voraussichtlich zu überlassenden oder bei ihm entstehenden Verschlusssachen sowie alle Informationen, die der Staat, dem das Unternehmen angehört, benötigt. Neben der vollständigen Unternehmensbezeichnung enthalten die Ersuchen die Postanschrift des Unternehmens und den Namen, die Festnetztelefon- und die Telefaxnummer sowie die Mailadresse des Sicherheitsbevollmächtigten und den Grad des Sicherheitsbescheids.
 4. Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien teilen einander jede wesentliche Änderung des ausgestellten Sicherheitsbescheids mit.
 5. Sicherheitsbescheide und an die jeweils zuständigen Behörden der Vertragsparteien gerichtete Ersuchen um Ausstellung von Sicherheitsbescheiden können schriftlich auf dem diplomatischen Kurierweg, mit der Post oder anderen Zustelldiensten, per Telefax oder mit Hilfe anderer Mittel der elektronischen Informationsübertragung übermittelt werden.
- (2) Verschlusssachenaufträge müssen eine Klausel enthalten, der zufolge der Auftragnehmer verpflichtet ist, die zum Schutz von Verschlusssachen erforderlichen Vorkehrungen in Übereinstimmung mit den innerstaatlichen Geheimschutzvorschriften seines Landes zu treffen.
- (3) Die für den Auftraggeber zuständige Behörde benennt dem Auftragnehmer in einer gesonderten Aufstellung sämtliche Informationen und Materialien, die einer Verschlusssacheneinstufung bedürfen, legt den erforderlichen Geheimhaltungsgrad fest und veranlasst, dass

diese Aufstellung dem Verschlusssachenauftrag als Anhang beigelegt wird. Sie hat diese Aufstellung auch der für den Auftragnehmer zuständigen Behörde zu übermitteln oder deren Übermittlung zu veranlassen.

(4) Die für den Auftraggeber zuständigen Behörden stellen sicher, dass dem Auftragnehmer Verschlusssachen erst dann zugänglich gemacht werden, wenn der entsprechende Sicherheitsbescheid der für den Auftragnehmer zuständigen Behörde vorliegt.

Artikel 8

Übermittlung von Verschlusssachen

(1) Verschlusssachen des Geheimhaltungsgrads VS-VERTRAULICH/CONFIDENTIEL DEFENSE und höher werden zwischen den Vertragsparteien in der Regel als diplomatisches Kuriergepäck von Regierung zu Regierung übermittelt. Die zuständige Behörde bestätigt den Empfang der Verschlusssachen und leitet sie nach Maßgabe der innerstaatlichen Geheimhaltungsvorschriften an den Empfänger weiter.

(2) Würden die Verfahren nach Absatz 1 eine unangemessene Verzögerung der Übermittlung bewirken, so können die zuständigen Behörden – allgemein oder unter Festlegung von Beschränkungen – vereinbaren, dass Verschlusssachen des Geheimhaltungsgrads VS-VERTRAULICH/CONFIDENTIEL DEFENSE und GEHEIM/SECRET DEFENSE auf einem anderen Weg befördert werden dürfen. Diese auf ganz bestimmte Unternehmen beschränkte Beförderung erfolgt unter folgenden Voraussetzungen:

1. Der Beförderer ist bei dem absendenden oder empfangenden Unternehmen fest angestellt oder gehört zur Verwaltung und besitzt eine Sicherheitsunbedenklichkeitsbescheinigung mindestens für den Geheimhaltungsgrad der zu begleitenden Verschlusssachen.
2. Bei der absendenden Stelle verbleibt ein Verzeichnis der beförderten Verschlusssachen; ein Exemplar dieses Verzeichnisses wird dem Empfänger zur Weiterleitung an die zuständige Behörde übergeben.
3. Die Verschlusssachen sind nach den für die Inlandsbeförderung geltenden Bestimmungen verpackt.
4. Die Übergabe der Verschlusssachen erfolgt gegen Empfangsbescheinigung.
5. Der Beförderer führt einen Kurierausweis mit sich, den die für die absendende oder die empfangende Stelle zuständige Behörde ausgestellt hat.

(3) Für die Beförderung von Verschlusssachen des Geheimhaltungsgrads VS-VERTRAULICH/CONFIDENTIEL DEFENSE und höher von erheblichem Umfang werden Transport, Transportweg und Begleitschutz in jedem Einzelfall auf der Grundlage eines vom Beförderer vorzulegenden Transportplans durch die zuständigen Behörden nach gegenseitiger Abstimmung festgelegt.

(4) Im Rahmen von Verschlusssachenaufträgen dürfen in dringenden Fällen, das heißt, nur wenn die Verfahren nach Artikel 8 Absatz 1 den Erfordernissen der Industrie nicht gerecht werden, Verschlusssachen des Geheimhaltungsgrads VS-VERTRAULICH/CONFIDENTIEL DEFENSE durch kommerzielle Kurierdienste übermittelt werden, sofern die folgenden Kriterien erfüllt sind:

1. Der Kurierdienst ist im Hoheitsgebiet der Vertragsparteien ansässig und hat für die Beförderung von Wertgegenständen ein Sicherheitssystem mit Unterschriftsleistung und lückenlosem Nachweis der Verantwortlichkeit für den Gewahrsam mittels eines Quittungs- und Nachweisbuchs oder eines elektronischen Ermittlungs-/Nachforschungssystems eingerichtet.
2. Der Kurierdienst muss über Annahme und Auslieferung einer Sendung ein Quittungs- und Nachweisbuch führen, anhand dessen er dem Absender einen Auslieferungsbeleg vorlegt, oder der Kurier muss auf einem Frachtbeleg mit Registriernummern den Empfangsnachweis führen.
3. Der Kurierdienst muss gewährleisten, dass die Sendung dem Empfänger innerhalb einer Frist von 24 Stunden bis zu einem bestimmten Datum und Zeitpunkt überbracht wird.
4. Der Kurierdienst kann einen Beauftragten oder Subunternehmer beauftragen. Die Verantwortung für die Einhaltung der genannten Vorschriften muss jedoch beim Kurierdienst verbleiben.
5. Der kommerzielle Kurierdienst muss von der NSB/BSB einer der Vertragsparteien zugelassen sein.

(5) Nach Artikel 2 Absatz 2 gekennzeichnete Informationen werden zwischen den Vertragsparteien nach den innerstaatlichen Vorschriften des Absenders übermittelt, die auch die Nutzung kommerzieller Kurierdienste vorsehen können.

(6) Verschlusssachen des Geheimhaltungsgrads VS-VERTRAULICH/CONFIDENTIEL DEFENSE und höher dürfen auf elektronischem Wege nicht im Klartext übermittelt werden.

Unabhängig von der Art der Übermittlung werden für die Verschlüsselung von Verschlusssachen des Geheimhaltungsgrads VS-VERTRAULICH/CONFIDENTIEL DEFENSE und höher nur Verschlüsselungssysteme verwendet, die von den betreffenden NSB/BSB genehmigt sind.

(7) Nach Artikel 2 Absatz 2 gekennzeichnete Informationen werden elektronisch (zum Beispiel mittels Punkt-zu-Punkt-Computerverbindungen) über ein öffentliches Netz wie das Internet unter Verwendung handelsüblicher, von einer der Vertragsparteien des Rahmenübereinkommens zertifizierter und damit von den zuständigen innerstaatlichen Behörden gegenseitig anerkannter Verschlüsselungssysteme übermittelt oder abgerufen. Telefongespräche, Videokonferenzen oder Übermittlungen per Fax im dazu vorgesehenen Netz, die Informationen nach Artikel 2 Absatz 2 enthalten, dürfen jedoch im Klartext erfolgen, wenn ein genehmigtes Verschlüsselungssystem nicht zur Verfügung steht.

Artikel 9

Besuche außerhalb von Verschlusssachenaufträgen

(1) Besuchern aus dem Hoheitsgebiet einer Vertragspartei kann im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Zugang zu Verschlusssachen sowie zu Einrichtungen, in denen sich diese befinden, nur mit vorheriger Erlaubnis der betreffenden innerstaatlichen Behörden gewährt werden. Diese Erlaubnis wird nur Personen erteilt, die eine Sicherheitsunbedenklichkeitsbescheinigung für den erforderlichen Geheimhaltungsgrad besitzen und die Bedingung "Kenntnis nur, wenn nötig" erfüllen.

(2) Besuchsanmeldungen sind rechtzeitig und in Übereinstimmung mit den Vorschriften der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Besucher einzureisen wünschen, den zuständigen Behörden dieser Vertragspartei vorzulegen. Die zuständigen Behörden teilen einander die Einzelheiten der Anmeldungen mit und stellen den Schutz personenbezogener Daten sicher.

(3) Besuchsanmeldungen sind in der Sprache des zu besuchenden Landes oder in englischer Sprache und mit folgenden Angaben versehen vorzulegen:

1. Vor- und Familienname, Geburtsdatum und -ort sowie die Pass- oder Personalausweisnummer des Besuchers;
2. Staatsangehörigkeit des Besuchers;
3. Dienstbezeichnung des Besuchers und Name der Behörde oder Stelle, die er vertritt;
4. Grad der Ermächtigung des Besuchers für den Zugang zu Verschlusssachen;

5. Besuchszweck sowie vorgesehenes Besuchsdatum;
6. Angabe der Stellen, Ansprechpartner und Einrichtungen, die besucht werden sollen.

Artikel 10

Besuche im Rahmen von Verschlussaufträgen

(1) Im Rahmen von Verschlussaufträgen gestattet jede Vertragspartei Besuche mit Zugang zu in einer Geheimschutzvereinbarung aufgeführten oder durch eine Vertragspartei im Einzelfall zur Verfügung gestellten Verschlussarbeiten bei ihren staatlichen Stellen, Institutionen und Labors sowie bei industriellen Einrichtungen der Auftragnehmer durch zivile und militärische Vertreter der anderen Vertragspartei oder durch Personal ihrer Auftragnehmer unter der Voraussetzung, dass der Besucher im Besitz einer entsprechenden Sicherheitsunbedenklichkeitsbescheinigung ist und die Bedingung "Kenntnis nur, wenn nötig" erfüllt.

(2) Vorbehaltlich der folgenden Bestimmungen werden derartige Besuche unmittelbar zwischen der entsendenden und der zu besuchenden Einrichtung in die Wege geleitet:

1. Das gesamte besuchende Personal hält die Sicherheitsvorschriften der gastgebenden Vertragspartei ein. Besuchern gegenüber bekannt gegebene oder zur Verfügung gestellte Verschlussarbeiten werden so behandelt, als seien sie der das besuchende Personal entsendenden Vertragspartei übergeben worden, und entsprechend geschützt.
2. Die unter diesen Buchstaben beschriebenen Vorkehrungen gelten für Personal der Auftragnehmer und militärische oder zivile Vertreter der Vertragspartei, die Besuche in
 - a) einer Dienststelle oder einer sonstigen staatlichen Stelle der anderen Vertragspartei oder
 - b) den Einrichtungen eines internationalen oder sonstigen Rüstungsunternehmens oder seiner Subunternehmer, die in einem oder mehreren Ländern der Vertragsparteien des Rahmenübereinkommens ansässig sind, durchzuführen haben und Zugang zu Verschlussarbeiten der Geheimhaltungsgrade VS-VERTRAULICH/
CONFIDENTIEL DEFENSE und GEHEIM/SECRET DEFENSE benötigen.
3. Bei diesen Besuchen müssen außerdem die folgenden Voraussetzungen erfüllt sein:
 - a) Der Besuch dient einem offiziellen Zweck im Zusammenhang mit Rüstungstätigkeiten der Vertragsparteien;

- b) die zu besuchende Einrichtung verfügt über den entsprechenden Sicherheitsbescheid nach Artikel 7, wenn es sich um eine Unternehmenseinrichtung handelt.
4. Vor dem Eintreffen des Besuchers in einer Einrichtung muss ihr vom Sicherheitsbevollmächtigten der entsendenden Einrichtung ein Besuchsantrag mit der Bestätigung über die erforderliche Sicherheitsunbedenklichkeitsbescheinigung des Besuchers unmittelbar vorgelegt werden. Zur Feststellung der Identität muss der Besucher im Besitz eines Personalausweises/Dienstausweises oder Reisepasses zur Vorlage bei den Sicherheitsorganen der zu besuchenden Einrichtung sein.
 5. Es obliegt den Sicherheitsbevollmächtigten
 - a) der entsendenden Einrichtung, zusammen mit ihrer NSB/BSB sicherzustellen, dass die zu besuchende Unternehmenseinrichtung im Besitz eines entsprechenden Sicherheitsbescheids ist;
 - b) der entsendenden und der zu besuchenden Einrichtung, über die Notwendigkeit des Besuchs Einigung zu erzielen.
 6. Der Sicherheitsbevollmächtigte der zu besuchenden Einrichtung muss sicherstellen, dass Listen aller Besucher geführt werden, die deren Namen, den Namen der von ihnen vertretenen Organisation, das Ablaufdatum der Sicherheitsunbedenklichkeitsbescheinigung, Datum/Daten des Besuchs/der Besuche und Name(n) der besuchten Person(en) enthalten. Diese Listen sind mindestens fünf Jahre lang aufzubewahren.
 7. Die NSB/BSB der gastgebenden Vertragspartei ist berechtigt, bei Besuchen von mehr als 21 Tagen Dauer eine entsprechende Vorankündigung von ihren zu besuchenden Einrichtungen zu verlangen. Diese NSB/BSB kann daraufhin ihre Genehmigung erteilen; sollten jedoch Sicherheitsprobleme auftreten, so konsultiert sie die NSB/BSB des Besuchers.
 8. Besuche im Zusammenhang mit Verschlussachen des Geheimhaltungsgrads STRENG GEHEIM/TRES SECRET DEFENSE bedürfen der vorherigen Genehmigung durch die zuständigen Sicherheitsbehörden der Vertragsparteien. In diesem Fall müssen die Besuchsanträge auf dem amtlichen Regierungsweg an die zuständigen Sicherheitsbehörden gerichtet werden.
 9. Besuche im Zusammenhang mit Informationen nach Artikel 2 Absatz 2 werden auch unmittelbar zwischen der entsendenden und der zu besuchenden Einrichtung formlos vereinbart.

Artikel 11

Gegenseitige Abstimmung

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien nehmen von den im Hoheitsgebiet der jeweils anderen Vertragspartei geltenden Bestimmungen über den Schutz von Verschlusssachen Kenntnis.

(2) Um eine enge Zusammenarbeit bei der Durchführung dieses Abkommens zu gewährleisten, stimmen sich die zuständigen Behörden miteinander ab.

(3) Jede Vertragspartei erlaubt darüber hinaus der NSB/BSB der anderen Vertragspartei oder jeder im gegenseitigen Einvernehmen bezeichneten anderen Behörde, Besuche in ihrem Hoheitsgebiet zu machen, um mit ihren Sicherheitsbehörden ihre Verfahren und Einrichtungen zum Schutz von Verschlusssachen/Schutzmarkierungen, die ihr von der anderen Vertragspartei zur Verfügung gestellt wurden, zu erörtern. Jede Vertragspartei unterstützt diese Behörde bei der Feststellung, ob diese Informationen ausreichend geschützt werden. Die Einzelheiten der Besuche werden von den zuständigen Behörden festgelegt; Artikel 9 gilt entsprechend.

Artikel 12

Verletzung der Bestimmungen über den gegenseitigen Schutz von Verschlusssachen

(1) Wenn eine unbefugte Bekanntgabe von Verschlusssachen vermutet oder festgestellt wird, ist dies der anderen Vertragspartei umgehend mitzuteilen.

(2) Verletzungen der Bestimmungen über den Schutz von Verschlusssachen werden von den zuständigen Behörden der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet diese Verletzung begangen wurde, untersucht. Die andere Vertragspartei unterstützt diese Ermittlungen auf Ersuchen und wird über das Ergebnis unterrichtet.

Artikel 13

Kosten

Bei der Durchführung dieses Abkommens entstehen normalerweise keine besonderen Kosten. Die einer Vertragspartei möglicherweise entstehenden Kosten werden keinesfalls der anderen Vertragspartei in Rechnung gestellt.

Artikel 14

Zuständige Behörden

Die Vertragsparteien unterrichten einander darüber, welche Behörden für die Durchführung dieses Abkommens zuständig sind.

Artikel 15

Verhältnis zu anderen Übereinkünften

Zwischen den beiden Vertragsparteien bestehende besondere Übereinkünfte, mit denen der Schutz von Verschlusssachen geregelt wird, bleiben in Kraft, soweit ihre Bestimmungen nicht im Widerspruch zu diesem Abkommen stehen.

Artikel 16

Aufhebung des Abkommens vom 22. Juni 1978

Das Abkommen vom 22. Juni 1978 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über den gegenseitigen Schutz von Verschlusssachen wird durch dieses Abkommen außer Kraft gesetzt und ersetzt.

Artikel 17

Schlussbestimmungen

- (1) Jede Vertragspartei notifiziert der anderen den Abschluss der verfassungsmäßigen Verfahren, die bei ihr für das Inkrafttreten dieses Abkommens erforderlich sind; dieses tritt am ersten Tag des zweiten Monats nach Eingang der zweiten Notifikation in Kraft.
- (2) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen.
- (3) Die Vertragsparteien unterrichten sich gegenseitig über jede Änderung, die Auswirkungen auf die Durchführung dieses Abkommens haben könnte. Dies gilt insbesondere für die in Artikel 2 Absatz 2 definierten Informationen.
- (4) Jede Vertragspartei kann jederzeit schriftlich eine Änderung dieses Abkommens beantragen. Es kann im gegenseitigen Einvernehmen der beiden Vertragsparteien jederzeit schriftlich geändert werden. Stellt eine Vertragspartei einen entsprechenden Antrag, so nehmen die Vertragsparteien Verhandlungen über diese Änderung auf.

(5) Jede Vertragspartei kann dieses Abkommen unter Einhaltung einer Frist von sechs Monaten auf diplomatischem Wege kündigen. Im Fall der Kündigung sind die aufgrund dieses Abkommens übermittelten oder beim Auftragnehmer entstandenen Verschlusssachen weiterhin nach Artikel 4 zu behandeln, solange das Bestehen der Einstufung dies rechtfertigt.

(6) Bei der Durchführung oder Auslegung dieses Abkommens entstehende Meinungsverschiedenheiten werden ausschließlich durch gegenseitige Konsultationen der Vertragsparteien geregelt.

Geschehen zu *Berlin* am *15. März 2005* in zwei Urschriften, jede in deutscher und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung
der Bundesrepublik Deutschland



Für die Regierung
der Französischen Republik



[FRENCH TEXT — TEXTE FRANÇAIS]

ACCORD ENTRE LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE
D'ALLEMAGNE ET LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE FRAN-
ÇAISE SUR LA PROTECTION RÉCIPROQUE DES INFORMATIONS
CLASSIFIÉES

Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de la République française, ci-après dénommées les Parties

Considérant l'Accord-cadre entre la République fédérale d'Allemagne, la République française, la République italienne, le Royaume d'Espagne, le Royaume de Suède et le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord relatif aux mesures visant à faciliter les restructurations et le fonctionnement de l'industrie européenne de défense signé le 27 juillet 2000, ci-après dénommé Accord-cadre,

Désireux l'un et l'autre de garantir la protection des informations classifiées échangées entre les Parties dans le cadre d'accords de coopération conclus ou à conclure et dans le cadre d'appels d'offres, contrats ou commandes d'organismes publics ou privés des Parties -

Sont convenus des dispositions suivantes :

Article 1^{er}. Définitions

Aux fins du présent Accord, il faut entendre par,

“Informations classifiées”, les informations et matériels sans préjuger de leur forme, nature et mode de transmission auxquels a été attribué un niveau de classification de sécurité ou de protection et qui requièrent, dans l'intérêt de la sécurité nationale et conformément aux législations et réglementations nationales des Parties, une protection contre la compromission, la destruction, la soustraction, la divulgation, la perte ou l'accès de toute personne non habilitée et autorisée.

“Marché ou contrat classé”, un contrat passé entre une personne physique ou morale habilitée par une Partie (auteur public/privé de la commande) et une personne physique ou morale habilitée par l'autre Partie (contractant) dans le cadre duquel des informations classifiées provenant de l'État de l'auteur de la commande doivent être transmises au contractant ou rendues accessibles à des collaborateurs de ce dernier ayant pour mission d'effectuer des travaux dans des établissements de l'auteur de la commande. Dans le cadre d'un marché ou contrat classé, des informations classifiées peuvent être produites sur la base des informations classifiées transmises.

“Partie d'origine”, la Partie qui délivre ou transmet une information classifiée à l'autre Partie.

“Partie destinataire”, la Partie à laquelle est délivrée ou transmise une information classifiée par la Partie d'origine.

“ANS/ASD”, Autorité nationale de sécurité/Autorité de sécurité désignée.

Article 2. Equivalences

(1) Les Parties stipulent que les niveaux de classification suivants sont comparables :

République fédérale d'Allemagne	République française
STRENG GEHEIM	TRÈS SECRET DÉFENSE
GEHEIM	SECRET DÉFENSE
DÉFENSE VS-VERTRAULICH	CONFIDENTIEL
VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH	Voir paragraphe 2 ci-dessous

(2) La République française traite et protège les informations classifiées de la République fédérale d'Allemagne portant la classification VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH selon ses lois et réglementations nationales s'appliquant aux informations protégées mais non classifiées de défense telles que DIFFUSION RESTREINTE. La République fédérale d'Allemagne traite et protège les informations protégées mais non classifiées de défense transmises par la République française telles que DIFFUSION RESTREINTE selon ses lois et réglementations nationales s'appliquant à la classification VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH.

Article 3. Identification

(1) Dès réception des informations classifiées en provenance de l'autre Partie, la Partie destinataire appose ses propres timbres nationaux de classification/protection conformément aux équivalences et dispositions définies dans l'Article 2.

(2) L'obligation de marquage s'applique aussi aux informations classifiées qui sont produites dans l'État destinataire à partir de l'information transmise, ainsi qu'aux copies faites dans cet État.

(3) À la demande de la Partie d'origine, les niveaux de classification/protection sont modifiés ou annulés par l'autorité dont relève le destinataire de l'information. La Partie d'origine informe l'autorité compétente de l'autre Partie six semaines à l'avance de son intention de procéder à une telle modification ou annulation.

Article 4. Mesures nationales

Dans le cadre de leur législation et réglementations nationales, les Parties prennent toutes les mesures propres à protéger les informations classifiées/protégées transmises conformément au présent Accord ou produites par le contractant en connexion avec un marché classé. Elles accordent à ces informations au moins la même protection que celle prévue dans la procédure applicable à leurs propres informations classifiées/protégées de niveau équivalent.

Article 5. Règles générales d'accès des individus

(1) L'accès à des informations classifiées de niveau VS-VERTRAULICH/CONFIDENTIEL DÉFENSE ou de niveau supérieur, conformément au présent Accord et dans les conditions définies dans les alinéas suivants, est limité aux personnes physiques ayant besoin d'en connaître et à qui a été délivrée une habilitation de sécurité au niveau approprié à la classification des informations auxquelles elles doivent accéder.

(2) L'accès à des informations classifiées de niveau STRENG GEHEIM/TRÈS SECRET DÉFENSE par une personne physique ayant exclusivement la nationalité d'une Partie au présent Accord est accordé sans autorisation préalable de la Partie d'origine.

(3) L'accès à des informations telles que définies à l'article 2, paragraphe 2, se fait seulement selon le principe du besoin d'en connaître et ne nécessite pas d'habilitation de sécurité.

(4) Une autorisation d'accès doit être demandée aux autorités compétentes de la Partie sur le territoire de laquelle il est nécessaire d'avoir accès à des informations classifiées.

(5) Les Parties au présent Accord ne mettent à disposition, communiquent ou utilisent les informations classifiées et n'autorisent leur mise à disposition, communication ou utilisation qu'aux fins et dans les limites stipulées par la Partie d'origine.

(6) Les informations classifiées de l'une des deux Parties ne peuvent être communiquées par l'autre à un État tiers ou à une organisation internationale sans l'autorisation écrite préalable de la Partie d'origine.

(7) Les Parties veillent, sur leur territoire respectif, à la réalisation des inspections de sécurité nécessaires au respect des prescriptions nationales de sécurité.

Article 6. Règles d'accès des individus dans le cadre de contrats classifiés

(1) Une habilitation de sécurité individuelle délivrée par l'ANS/ASD ou par une autre autorité nationale compétente d'une Partie à l'Accord-cadre est acceptée par les Parties au présent Accord dans le cas d'emplois supposant un accès à des informations classifiées, dans le cadre de contrats classifiés de l'industrie de défense.

(2) L'accès à des informations classifiées de niveau VS-VERTRAULICH/CONFIDENTIEL DÉFENSE ou de niveau GEHEIM/SECRET DÉFENSE par une personne ayant exclusivement la nationalité d'une Partie à l'Accord-cadre est accordé sans l'autorisation préalable de la Partie d'origine.

(3) L'accès à des informations classifiées de niveau VS-VERTRAULICH/CONFIDENTIEL DÉFENSE ou de niveau GEHEIM/SECRET DÉFENSE par une personne ayant la double nationalité d'une Partie à l'Accord-cadre et celle d'un autre État de l'Union européenne est accordé sans l'autorisation préalable de la Partie d'origine. Tout accès non prévu dans le présent paragraphe doit suivre le processus de consultation décrit dans le paragraphe suivant.

(4) L'accès à des informations classifiées de niveau VS-VERTRAULICH/CONFIDENTIEL DÉFENSE ou de niveau GEHEIM/SECRET DÉFENSE par une personne n'ayant pas la nationalité d'une Partie à l'Accord-cadre fait l'objet d'une consultation pré-

lable avec la Partie d'origine. Le processus de consultation concernant ces personnes est le suivant :

1. Les Parties s'informent et se consultent mutuellement lorsque l'accès à des informations classifiées relatives à un projet/programme doit être accordé à des ressortissants d'États qui ne sont pas des Parties à l'Accord-cadre.

2. Ce processus doit être lancé avant le début ou, selon le cas, au cours d'un projet/programme.

3. Les informations transmises sont limitées à la nationalité des personnes physiques concernées.

4. La Partie consultée détermine si l'accès de ressortissants d'États non Parties à l'Accord-cadre est acceptable ou non.

5. Ces consultations doivent être entreprises sans délai afin de parvenir à un consensus. Si cela n'est pas possible, la décision de la Partie d'origine est acceptée.

(5) Cependant, afin de simplifier l'accès à ces informations classifiées, les Parties s'efforcent de se mettre d'accord, dans les instructions de sécurité de Programme (ISP) ou dans toute autre documentation appropriée approuvée par les ANS/ASD concernées, pour que ces restrictions d'accès soient moins rigoureuses ou ne soient pas exigées.

(6) Pour des raisons de sécurité particulières lorsque la Partie d'origine exige que l'accès à des informations de niveau VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH/DIFFUSION RESTREINTE, VS-VERTRAULICH/CONFIDENTIEL DÉFENSE ou de niveau GEHEIM/ SECRET DÉFENSE soit limité aux seules personnes physiques ayant exclusivement la nationalité de la Partie destinataire, ces informations portent la mention de leur classification et un avertissement supplémentaire "Nur für deutsche und französische Staatsangehörige bestimmt"/"SPECIAL FRANCE-ALLEMAGNE".

Article 7. Passation de marchés classés avec des entreprises

(1) Avant de passer un marché classé de niveau VS-VERTRAULICH/CONFIDENTIEL DÉFENSE et GEHEIM/SECRET DÉFENSE, l'auteur de la commande demande, par l'intermédiaire de l'autorité dont il relève, à l'autorité dont relève le contractant de lui fournir un certificat de sécurité d'établissement pour savoir si le contractant envisagé est soumis au contrôle de sécurité par l'autorité compétente de son État et s'il a pris les mesures de sécurité nécessaires pour exécuter le marché. À cet égard, la procédure suivante est appliquée :

1. Si le contractant n'a pas encore pris les mesures de sécurité nécessaires, l'autorité compétente dont relève l'auteur de la commande peut en même temps demander à l'autorité compétente dont relève le contractant de lui faire prendre les mesures de sécurité nécessaires conformément aux prescriptions nationales de sécurité et de lui délivrer ensuite le certificat de sécurité d'établissement approprié.

2. Une habilitation de sécurité d'établissement doit également être demandée lorsqu'un entrepreneur a été invité à présenter une offre ou que, dans le cadre d'un appel d'offres, des informations classifiées doivent être transmises aux candidats avant la passation du marché.

3. Les demandes de délivrance d'une habilitation de sécurité d'établissement pour des contractants relevant de l'État de l'autre Partie contiennent des indications sur le projet ainsi que sur la nature, le volume et le niveau de classification de sécurité dont relèvent les informations classifiées qui seront probablement transmises au contractant ou produites par ce dernier ainsi que toutes les informations dont l'État dont relève la société peut avoir besoin. Outre la désignation complète de l'entreprise, les demandes contiennent son adresse postale et le nom, le numéro de téléphone fixe et de télécopie ainsi que l'adresse électronique du responsable en matière de sécurité et le niveau d'habilitation de l'établissement.

4. Les autorités compétentes des Parties s'informent réciproquement de toute modification significative de l'habilitation de sécurité délivrée.

5. Les habilitations de sécurité d'établissement et les demandes de délivrance de ces habilitations adressées aux autorités compétentes respectives des Parties peuvent être transmises par écrit par la valise diplomatique, par la voie postale ou par d'autres services de distribution, par fax ou par d'autres moyens de transmission électronique d'informations.

(2) Les marchés classés doivent contenir une clause selon laquelle le contractant est obligé de prendre les mesures nécessaires pour la protection des informations classifiées conformément aux prescriptions de sécurité nationales de son pays.

(3) L'autorité dont relève l'auteur de la commande signale au contractant, par un guide de classification séparé, toutes les informations qui ont besoin d'être classifiées, détermine le niveau de classification nécessaire et fait annexer ce guide de classification au marché classé. Elle doit également transmettre ou faire transmettre ce guide de classification à l'autorité dont relève le contractant.

(4) Les autorités compétentes dont relève l'auteur de la commande veillent à ce que les informations classifiées ne soient rendues accessibles au contractant que lorsque l'habilitation de sécurité d'établissement appropriée a été transmise à l'autorité compétente dont relève ce dernier.

Article 8. Transmission des informations classifiées

(1) Les informations classifiées de niveau VS-VERTRAULICH/CONFIDENTIEL DÉFENSE et au-dessus, sont normalement transmises entre les Parties par la valise diplomatique de Gouvernement à Gouvernement. L'autorité compétente accuse réception de ces informations et les transmet au destinataire, conformément aux prescriptions nationales de sécurité.

(2) Si les procédures prévues au paragraphe précédent entraînent un délai de transmission inacceptable, les autorités compétentes peuvent convenir - de façon globale ou en fixant des restrictions - que les informations classifiées du niveau VS-VERTRAULICH/CONFIDENTIEL DÉFENSE et GEHEIM/SECRET DÉFENSE, peuvent être acheminées par une autre voie. Cet acheminement, limité à des établissements bien définis, se fera dans les conditions suivantes :

1. La personne assurant l'acheminement est un employé permanent de la société expéditrice ou destinataire, ou appartient à l'administration, et dispose d'une habilitation d'un niveau au moins égal à celui des informations classifiées à convoier;

2. L'expéditeur conserve un relevé des informations classifiées acheminées; un exemplaire dudit relevé est remis au destinataire qui le transmet à l'autorité compétente;

3. Les informations classifiées sont conditionnées conformément aux dispositions applicables à l'acheminement à l'intérieur du territoire national;

4. La remise des informations classifiées est effectuée contre accusé de réception;

5. La personne assurant l'acheminement est munie d'une lettre de courrier délivrée par l'autorité dont relève l'expéditeur ou celle dont relève le destinataire.

(3) Pour l'acheminement d'informations classifiées très volumineuses du niveau VS-VERTRAULICH/CONFIDENTIEL DÉFENSE et au-dessus, le moyen de transport, l'itinéraire et l'escorte sont déterminés, au cas par cas, sur la base d'un plan de transport à présenter par la personne assurant l'acheminement, par les autorités compétentes après concertation mutuelle.

(4) Dans le cadre de marchés classés, en cas d'urgence, c'est-à-dire uniquement lorsque les procédures prévues à l'alinéa 1 de l'Article 8 ne peuvent répondre aux besoins de l'industrie, les informations classifiées de niveau VS-VERTRAULICH/CONFIDENTIEL DÉFENSE peuvent être transmises via des sociétés commerciales de messageries, à condition que les critères suivants soient satisfaits :

1. La société de messagerie est située sur le territoire des Parties et a mis en place un programme de sécurité pour la prise en charge d'articles de valeur avec un service de signature, comportant notamment une surveillance et un enregistrement permanents permettant de déterminer à tout moment qui en a la charge, soit par un système de registre de signatures et de pointage, soit par un système électronique de suivi et d'enregistrement.

2. La société de messagerie doit obtenir et fournir à l'expéditeur un justificatif de livraison sur le registre de signatures et de pointage, ou le messenger doit obtenir un reçu portant les numéros de colis.

3. La société de messagerie doit garantir que l'expédition sera livrée au destinataire avant une date et une heure données dans un délai de 24 heures.

4. La société de messagerie peut confier une tâche à un délégué ou à un sous-traitant. Cependant, la responsabilité de l'exécution des obligations ci-dessus incombe toujours à la société de messagerie.

5. La société commerciale de messagerie doit être agréée par l'ANS/ASD de l'une des Parties contractantes.

(5) Les informations telles que définies à l'article 2, paragraphe 2 sont transmises entre les Parties conformément aux règlements nationaux de l'expéditeur, qui peuvent prévoir l'utilisation de messageries commerciales.

(6) Les informations classifiées de niveau VS-VERTRAULICH/CONFIDENTIEL DÉFENSE et au-dessus ne doivent pas être transmises en clair par des moyens électroniques. Seuls des systèmes de chiffrement approuvés par les ANS/ASD concernées doivent être utilisés pour le chiffrement d'informations classifiées de niveau VS-VERTRAULICH/CONFIDENTIEL DÉFENSE et au-dessus, quel que soit le mode de transmission.

(7) Les informations telles que définies à l'article 2, paragraphe 2 doivent être transmises ou récupérées par des moyens électroniques (par exemple des liaisons informatiques point à point) via un réseau public comme Internet, avec utilisation de systèmes de chiffrement commercial approuvés par l'une des Parties à l'Accord-cadre et donc mutuellement acceptés par les autorités nationales compétentes. Cependant, les conversations téléphoniques, les vidéo-conférences ou les transmissions par télécopie sur le réseau dédié contenant des informations telles que définies à l'article 2, paragraphe 2 peuvent être en clair, en l'absence de système de chiffrement approuvé.

Article 9. Visites hors du cadre des marchés classés

(1) Les visiteurs en provenance du territoire d'une des Parties ne peuvent avoir accès aux informations classifiées et aux installations dans lesquelles elles se trouvent, sur le territoire de l'autre Partie, qu'avec l'autorisation préalable des autorités nationales concernées. Ladite autorisation n'est accordée qu'aux personnes qui ont fait l'objet d'une habilitation de sécurité au niveau requis et qui ont le besoin d'en connaître.

(2) Les demandes de visite doivent être présentées dans les délais aux autorités compétentes de la Partie contractante sur le territoire de laquelle les visiteurs désirent se rendre et conformément aux dispositions réglementaires de cette dernière. Les autorités compétentes se communiquent les détails des demandes et assurent la protection des données personnelles.

(3) Les demandes de visites doivent être présentées dans la langue du pays où doit s'effectuer la visite ou en anglais et doivent comporter les indications suivantes :

1. Prénom et nom de famille, date et lieu de naissance ainsi que le numéro de passeport ou de la carte d'identité du visiteur;
2. Nationalité du visiteur;
3. Titre du visiteur et nom de l'autorité ou du service qu'il représente;
4. Degré d'habilitation du visiteur pour l'accès aux documents classifiés;
5. Objet de la visite et date prévue de la visite;
6. Indication des services, interlocuteurs et établissements auxquels il sera rendu visite.

Article 10. Visites dans le cadre de marchés classés

(1) Dans le cadre des marchés classés, chacune des Parties autorise des représentants civils ou militaires de l'autre Partie ou les employés de ses contractants à effectuer des visites comportant un accès aux informations classifiées stipulées dans un protocole de sécurité ou mises à disposition par une Partie au cas par cas, dans ses établissements, institutions et laboratoires d'État ainsi que dans les établissements industriels des contractants, à condition que le visiteur ait une habilitation de sécurité appropriée et le besoin d'en connaître.

(2) Sous réserve des dispositions suivantes, ces visites sont organisées directement entre l'établissement d'envoi et l'établissement d'accueil :

1. Tous les visiteurs doivent se conformer aux règles de sécurité de la Partie d'accueil. Toutes les informations classifiées communiquées ou mises à disposition de visiteurs doivent être traitées comme si elles étaient fournies à la Partie à laquelle appartiennent les visiteurs, et doivent être protégées en conséquence.

2. Les dispositions contenues dans ces paragraphes sont applicables aux personnels des contractants et aux représentants militaires ou civils de la Partie qui ont besoin de faire des visites aux établissements suivants :

- a) un service ou un établissement d'État de l'autre Partie, ou
- b) les établissements d'une société transnationale de défense, d'une autre société de défense ou de leurs sous-traitants situés dans une ou plusieurs des Parties à l'Accord-cadre, et qui doivent avoir accès à des informations classifiées de niveau VS-VERTRAULICH/CONFIDENTIEL DÉFENSE et GEHEIM/SECRET DÉFENSE.

3. Ces visites sont également soumises aux conditions suivantes :

- a) la visite a un but officiel lié aux activités de défense des Parties;
- b) l'établissement visité a une habilitation de sécurité d'établissement adéquate, conformément aux dispositions de l'Article 7, s'il s'agit d'un établissement d'entreprise.

4. Avant l'arrivée dans un établissement, une demande de visite indiquant la confirmation de l'habilitation de sécurité individuelle d'un visiteur est donnée directement à l'établissement d'accueil par le responsable de la sécurité de l'établissement d'envoi. Pour confirmer son identité, le visiteur doit être en possession d'une carte d'identité/de service ou d'un passeport à présenter aux autorités de sécurité de l'établissement d'accueil.

5. Il appartient aux responsables de la sécurité :

- a) de l'établissement d'envoi de vérifier auprès de leur ANS/ASD que l'établissement de la société visité est en possession d'une habilitation de sécurité d'établissement adéquate;
- b) des établissements d'envoi et d'accueil de se mettre d'accord sur la nécessité de la visite.

6. Le responsable de la sécurité de l'établissement d'accueil doit s'assurer que tous les visiteurs sont inscrits sur un registre, avec indication de leur nom, de l'organisation qu'ils représentent, de la date d'expiration de l'habilitation de sécurité individuelle, de la ou des date(s) de la ou des visite(s) et du ou des nom(s) de la ou des personne(s) visitée(s). Ces registres doivent être conservés pendant au moins cinq ans.

7. L'ANS/ASD de la Partie d'accueil a le droit d'exiger de ses établissements d'être préalablement informée d'une visite si celle-ci doit durer plus de 21 jours. Cette ANS/ASD peut alors donner son accord, mais en cas de problème de sécurité, elle consulte l'ANS/ASD du visiteur.

8. Les visites relatives à des informations de niveau STRENG GEHEIM/TRÈS SECRET DÉFENSE requièrent l'accord préalable des autorités de sécurité compétentes des Parties. Dans ce cas, les demandes de visite doivent être adressées aux autorités de sécurité compétentes par les canaux gouvernementaux officiels.

9. Les visites relatives à des informations telles que définies à l'Article 2, paragraphe 2 sont également organisées directement, sans nécessiter pour autant de procédure formelle, entre l'établissement d'envoi et l'établissement d'accueil.

Article 11. Concertations mutuelles

(1) Les autorités compétentes de chaque Partie prennent connaissance de la réglementation en matière de protection des informations classifiées applicable au territoire de l'autre Partie.

(2) Afin de garantir une coopération étroite dans l'exécution du présent Accord, les autorités compétentes procèdent à des concertations mutuelles.

(3) Chaque Partie permet en outre à l'ANS/ASD de l'autre Partie ou à toute autre autorité désignée d'un commun accord de faire des visites sur son territoire pour discuter avec ses autorités de sécurité des procédures et dispositifs de protection des informations classifiées/protégées mises à sa disposition par l'autre Partie. Chaque Partie assiste cette autorité dans les efforts qu'elle fait pour vérifier si ces informations sont suffisamment protégées. Les modalités des visites sont fixées par les autorités compétentes; les dispositions de l'Article 9 s'appliquent mutatis mutandis.

Article 12. Violations des dispositions relatives à la protection réciproque des informations classifiées

(1) Lorsqu'une communication non autorisée d'informations classifiées est présumée ou constatée, l'autre Partie doit en être informée dans les meilleurs délais.

(2) Toute violation des dispositions relatives à la protection des informations classifiées fait l'objet d'enquêtes de la part des autorités compétentes de la Partie sur le territoire de laquelle a été commise cette violation. Sur demande, l'autre Partie prête son appui à ces enquêtes et est informée de leur résultat.

Article 13. Frais

La mise en application du présent Accord ne génère normalement aucun frais spécifique. En aucun cas les éventuels frais encourus par une Partie ne seront mis à la charge de l'autre Partie.

Article 14. Autorités compétentes

Chaque Partie fait connaître à l'autre les autorités compétentes pour la mise en oeuvre du présent Accord.

Article 15. Relation avec d'autres accords

Les accords particuliers existant entre les deux Parties et réglant la protection d'informations classifiées restent en vigueur pour autant que leurs dispositions ne soient pas en contradiction avec celles du présent Accord.

Article 16. Abrogation de l'accord du 22 juin 1978

Le présent Accord abroge et remplace l'accord de sécurité entre le Gouvernement de la République française et le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne relatif à la protection réciproque des informations sensibles du 22 juin 1978.

Article 17. Dispositions finales

(1) Chacune des Parties notifie à l'autre l'accomplissement des procédures constitutionnelles requises en ce qui la concerne pour l'entrée en vigueur du présent Accord qui prend effet le premier jour du second mois suivant le jour de réception de la seconde notification.

(2) Le présent Accord est conclu pour une durée indéterminée.

(3) Les Parties se tiennent mutuellement informées de tout changement susceptible d'influer sur la mise en application du présent Accord. Ceci vaut notamment pour les informations définies à l'Article 2, paragraphe 2.

(4) L'une ou l'autre des Parties au présent Accord peut, à tout moment, demander par écrit de modifier le présent Accord. Il peut être modifié à tout moment par consentement écrit des deux Parties au présent Accord. Si l'une des Parties présente une telle demande, les Parties ouvrent des négociations sur cette modification.

(5) Chaque Partie peut dénoncer le présent Accord avec un préavis de six mois par la voie diplomatique. En cas de dénonciation, les informations classifiées transmises ou produites par le contractant en vertu du présent Accord continuent à être traitées conformément aux dispositions de l'Article 4 tant que l'existence de la classification le justifie.

(6) Tout différend né de l'application ou de l'interprétation du présent Accord est résolu exclusivement par consultation entre les Parties au présent Accord.

Fait à Berlin le 15 mars 2005 en double exemplaire en langues allemande et française, les deux textes faisant également foi.

Pour le Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne :

THOMAS LÄUFER

Pour le Gouvernement de la République française :

CLAUDE MARTIN

[TRANSLATION -- TRADUCTION]

AGREEMENT BETWEEN THE GOVERNMENT OF THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY AND THE GOVERNMENT OF THE FRENCH REPUBLIC ON THE MUTUAL PROTECTION OF CLASSIFIED MATERIAL

The Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the French Republic, hereinafter the "Contractual Parties",

In view of the Framework Agreement signed on 27 July 2000 between the Federal Republic of Germany, the French Republic, the Italian Republic, the Kingdom of Spain, the Kingdom of Sweden, and the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland on measures to facilitate the reorganization and the activity of the European armaments industry, hereinafter the "Framework Agreement,"

In the mutual desire to guarantee the protection of classified material, which is exchanged between the Contractual Parties within the framework of agreements on cooperation, both those concluded and those to be concluded, and within the framework of bid invitations, treaties, or contracts of public or private agencies of the Contractual Parties,

Have agreed as follows:

Article I. Definitions

In this Agreement, the following definitions shall apply:

"Classified material" shall denote information and materials irrespective of their form, nature, and means of transmission, which are classified as requiring secrecy or protection and which, in the interest of national security and in accordance with domestic laws and other regulations of the Contractual Parties, require protection from compromise, destruction, misappropriation, disclosure, loss, or access by unauthorized persons;

"Classified-material contract" shall denote a contract between a natural or juridical person authorized by one Contractual Party (official/unofficial client) and a natural or juridical person authorized by the other Contractual Party (contractor), in the framework of which classified material is to be released from the State of the client to the contractor or to be made available to employees of the contractor, who are charged with carrying out the work in institutions of the client. In the framework of classified-material contracts, classified material may be generated on the basis of the classified material that is transmitted;

"Releasing Contractual Party" shall denote the Contractual Party that delivers or transmits classified material to the other Contractual Party;

"Receiving Contractual Party" shall denote the Contractual Party to which classified material is delivered or transmitted from the releasing Contractual Party;

"NSB/BSB" shall designate the national security agency/authorized security agency.

Article 2. Equivalents

(1) The Contractual Parties affirm that the following security classifications are comparable:

Federal Republic of Germany	French Republic	
STRENG GEHEIM	TRÈS SECRET DÉFENSE	TOP SECRET
GEHEIM	SECRET DÉFENSE	SECRET
VS-VERTRAULICH	CONFIDENTIEL DÉFENSE	CONFIDENTIAL
VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH	See paragraph 2	ONLY FOR OFFICIAL USE

(2) The French Republic treats and protects information of the Federal Republic of Germany at the security classification VS NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH in accordance with its domestic laws and ordinances regarding protected but not classified material, corresponding to DIFFUSION RESTREINTE. The Federal Republic of Germany treats and protects protected but not classified material, which corresponds to DIFFUSION RESTREINTE and which is transmitted by the French Republic, in accordance with its laws and legal provisions as the security classification VS NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH.

Article 3. Identification

(1) When classified material originating from the other Contractual Party is received, the receiving Contractual Party shall place its own classified-material stamp/protection marking on it in accordance with the equivalents and definitions set out in article 2.

(2) The labeling requirement applies also to classified material that arises within the receiving state from transmitted classified material, and to copies that have been made in the receiving state.

(3) Security classifications/protection markings shall be modified or canceled upon the request of the releasing Contractual Party by the agency that is responsible for the receiver of the classified material. The releasing Contractual Party shall inform the competent agency of the other Contractual Party with six weeks' notice regarding its intention to modify or to cancel.

Article 4. Domestic measures

The Contractual Parties in the context of their domestic laws and other regulations shall undertake all suitable measures to protect classified material that is transmitted in accordance with this Agreement or that arises for the contractor in connection with a classified-material contract. The Parties shall afford to classified material of this type at least the same protection as in proceedings with respect to their own classified material of a corresponding security classification/protection marking.

Article 5. General provisions regarding access of individuals

(1) Access to classified material at the security classification VS-VERTRAULICH/CONFIDENTIEL DÉFENSE or higher within the context of this Agreement, in accordance with the following paragraphs, is limited to natural persons who satisfy the “Need to know” requirement and to whom a security clearance certificate has been issued corresponding to the security classification of the classified material to which they must have access.

(2) Access to classified material at the security classification STRENG GEHEIM/TRES SECRET DÉFENSE by natural persons having the sole nationality of one Contractual Party shall be granted without the prior approval of the releasing Contractual Party.

(3) Access to information in accordance with article 2 paragraph 2 shall only be granted in accordance with the “Need to know” requirement and shall not require any security clearance certificate.

(4) The authorization for access shall be obtained from the competent agency of the Contractual Party on whose territory the access to classified material is required.

(5) The Contractual Parties shall not be permitted to release, disclose, or use classified material, or permit its release, disclosure, or use, unless this occurs for the purpose established by the releasing Contractual Party and under restrictions established by it.

(6) The classified material of one of the two Contractual Parties may not be transferred from the other Contractual Party to a third-party state or to an international organization without the prior written approval of the releasing Contractual Party.

(7) The Contractual Parties within their own territories shall assure that the security inspections are carried out that are mandated by domestic protections of classified material.

Article 6. Regulations regarding the access of individuals within the framework of classified-material contracts

(1) A security clearance certificate issued by the NSB/BSB or another competent domestic agency of a Contractual Party of the Framework Agreement shall be recognized by the Contractual Parties of this Agreement with regard to an activity in which access to classified material is necessary within the context of armaments-industry classified-material contracts.

(2) Access to classified material at the security classification VS-VERTRAULICH/CONFIDENTIEL DÉFENSE or GEHEIM/SECRET DÉFENSE by a person who possesses the sole nationality of one Contractual Party of the Framework Agreement shall be granted without the prior approval of the releasing Contractual Party.

(3) Access to classified material at the security classification VS-VERTRAULICH/CONFIDENTIEL DÉFENSE or GEHEIM/SECRET DÉFENSE by a person who possesses both the nationality of one Contractual Party of the Framework Agreement and that of another state of the European Union shall be granted without the prior approval of the releasing Contractual Party. If the access is not included in the meaning of this paragraph, the consultation procedures described in paragraph 4 shall be carried out.

(4) Access to classified material at the security classification VS-VERTRAULICH/CONFIDENTIEL DÉFENSE or GEHEIM/SECRET DÉFENSE by a person who does not possess the nationality of a Contractual Party of the Framework Agreement shall be subject to prior consultation with the releasing Contractual Party. The consultation procedure with regard to such persons shall be as follows:

1. The Contractual Parties shall inform and consult each other in the event that nationals of non-Contractual Parties of the Framework Agreement must be granted access to classified material from a project/program.

2. This procedure shall be initiated before the beginning or, alternatively, during the course of a project/program.

3. The transmitted information shall be limited to the nationality of the natural persons/persons in question.

4. The consulted Contractual Party shall check whether access by nationals of a non-Contractual Party of the Framework Agreement is acceptable or not.

5. Consultations of this type are to be carried out with dispatch, aiming at achieving consensus. If consensus is not possible, the decision of the releasing Party is to be adopted.

(5) However, to simplify access to the classified material, the Contractual Parties in program-specific security instructions or other appropriate documents approved by the relevant NSB/BSB shall endeavor to reach agreement that limits to access may be less stringent or may not be required at all.

(6) If the releasing Contractual Party for special security reasons requires that access to information at the security classification/protection marking VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH/DIFFUSION RESTREINTE, VS-VERTRAULICH/CONFIDENTIEL DÉFENSE or GEHEIM/SECRET DÉFENSE be limited exclusively to natural persons who possess the sole nationality of the receiving Contractual Party, then this information shall be marked with the corresponding security classification and the additional notation “Nur für deutsche und französische Staatsangehörige bestimmt” “[Reserved for German and French nationals]”/“SPECIAL FRANCE-ALLEMAGNE” “[SPECIAL FRANCE-GERMANY].”

Article 7. Awarding classified-material contracts to firms

(I) Before awarding a classified-material contract at the security classification VS-VERTRAULICH/CONFIDENTIEL DÉFENSE or GEHEIM/SECRET DÉFENSE, the client, through its competent agency, shall obtain a security clearance from the competent agency of the contractor in order to make certain as to whether the prospective contractor is subject to security oversight by the competent agency of its own state and whether said contractor has carried out the security-protection measures that are required for the implementation of the contract. The following procedure is to be applied:

1. If the contractor has not yet carried out the necessary security measures, then the competent agency for the client may simultaneously request that the competent agency for the contractor induce the contractor to carry out the security measures that are mandated

by the domestic security-protection regulations, and only then to issue the appropriate security clearance.

2. A security clearance must also be obtained if a contractor is requested to submit a bid or if bidders in the context of a public invitation to bid are to be supplied with classified material before a classified-material contract is awarded.

3. Requests to issue a security clearance for contractors from the state of the other Contractual Party shall contain information on the project as well as on the kind, scope, and security classification of the classified material that it is anticipated will be transferred or that will be generated, as well as all the information required by the state to which the firm belongs. In addition to complete firm identification information, the request must contain the postal address of the firm as well as the name, fixed-network telephone and fax numbers, email address of the official responsible for security, and the classification of the security clearance.

4. The competent agencies of the Contractual Parties shall inform each other regarding each and every significant modification of the security clearance issued.

5. Security clearances and requests directed to the individual agencies of the Contractual Parties that are competent for issuing security clearances may be transmitted in writing by diplomatic courier, post or other delivery services, fax, or other means of electronic information transmission.

(2) Classified-material contracts must contain a clause that obligates the contractor to carry out all measures that are required for protecting classified material in compliance with the domestic security-protection regulations of his own country.

(3) The competent agency for the client shall provide the contractor in a separate statement with all information and materials that require a security classification, it shall establish the necessary security classification, and it shall assure that this statement is attached to the classified-material contract as an annex. The agency must also transmit this statement to the competent agency for the contractor or see that it is transmitted.

(4) The competent agencies for the client shall assure that classified material is only made accessible to the contractor in the event that the appropriate security clearance of the competent agency for the contractor exists.

Article 8. Transmission of classified material

(1) Classified material of the security classification VS-VERTRAULICH/ CONFIDENTIEL DÉFENSE and higher shall generally be transmitted between the Contractual Parties from government to government by diplomatic pouch. The competent agency shall confirm the reception of the classified material and shall transmit it to the receiver in accordance with domestic regulations on security protection.

(2) If the process in accordance with paragraph 1 would cause an unacceptable delay in transmission, then the competent agencies -- generally or by stipulating restrictions -- may agree that classified material at the security classification VS-VERTRAULICH/ CONFIDENTIEL DÉFENSE or GEHEIM/SECRET DÉFENSE be conveyed in another

manner. This conveyance, limited to specific firms, shall occur under the following preconditions:

1. The conveyor must be a permanent employee of the sending or receiving firm or a member of management and possess a security clearance certificate at least for the security classification of the classified material being conveyed.

2. The transmitting office shall maintain a register of the transmitted classified material; a copy of this register shall be transmitted to the receiver for forwarding to the competent agency.

3. The classified material shall be packaged in accordance with the regulations that are in effect for domestic transmission.

4. The transmission of classified material shall be carried out against a certificate of receipt.

5. The conveyor shall carry a courier identification to be issued by the agency that is competent for the sending or the receiving office.

(3) For conveying large quantities of classified material at the security classification VS-VERTRAULICH/ CONFIDENTIEL DÉFENSE and higher, transport, transport route, and type of escort shall be stipulated in each individual case by the competent agencies by mutual agreement on the basis of a transport plan to be submitted by the conveyor.

(4) Within the framework of classified-material contracts, in urgent cases, i.e., only if the procedures in accordance with article 8 paragraph 1 do not correspond to the requirements of the industry, classified material at the security classification VS-VERTRAULICH/CONFIDENTIEL DÉFENSE shall be transmitted through commercial courier services, provided the following criteria are satisfied:

1. The courier service must be domiciled on the territory of the Contractual Parties and for conveying objects of value have a signature-based security system and a fail-safe means of verifying responsibility for custody using a receipt and record book or an electronic transmission/search system.

2. The courier service must maintain a receipt and record book for acceptance and delivery of a mailing on the basis of which it presents the sender with proof of delivery, or the courier must display the proof of receipt on a bill of lading having registration numbers.

3. The courier service must assure that the mailing is delivered to the receiver within a period of 24 hours before a specified date and time.

4. The courier service may secure the services of an agent or subcontractor. The responsibility for observing the aforementioned regulations, however, must remain with the courier service.

5. The commercial courier service must be approved by the NSB/BSB of one of the Contractual Parties.

(5) Information cited in article 2 paragraph 2 shall be transmitted between the Contractual Parties in accordance with the sender's domestic regulations, which may also permit the use of commercial couriers.

(6) Classified material at the security classification VS-VERTRAULICH/ CONFIDENTIEL DÉFENSE and higher may not be transmitted electronically in plain text. Irrespective of the manner of transmission, for the encryption of classified material at the security classification VS-VERTRAULICH/CONFIDENTIEL DÉFENSE and higher only encryption systems shall be used that have been approved by the competent NSB/BSB.

(7) Information cited in article 2 paragraph 2 shall be electronically transmitted or retrieved (for example, using point-to-point computer links) over a public network such as the Internet using conventional encryption systems that have been certified by one of the Contractual Parties of the Framework Agreement and therefore that have been mutually recognized by the competent domestic agencies. However, telephone conversations, video conferences, or fax transmissions within a network provided for this purpose, which contain information in accordance with article 2 paragraph 2 may be transmitted in plain text if an approved encryption system is not available.

Article 9. Visits outside of the context of classified-material contracts

(1) Visitors from the territory of one Contractual Party on the territory of the other Contractual Party may be granted access to classified material and to institutions in which such information is held only with the prior permission of the competent domestic agencies. This permission may only be granted to persons who possess a security clearance certificate for the security classification required and who fulfill the “Need to know” requirement.

(2) The competent agencies of the Contractual Party whose territory the visitors desire to enter must receive applications for visits in good time and in accordance with the requirements of said Contractual Party. The competent agencies shall inform each other regarding the details of the applications and shall assure the protection of personal data.

(3) Applications for visits shall be submitted in the language of the country to be visited, or in English, and shall contain the following information:

1. First and last names, date and place of birth, and passport or personal identification number of the visitor;
2. Nationality of the visitor;
3. Official position of the visitor and the name of the agency or office which he represents;
4. Level of authorization of the visitor for access to classified material;
5. Purpose of visit and anticipated date of visit;
6. Information regarding the offices, contact persons, and institutions that are to be visited.

Article 10. Visits within the framework of classified-material contracts

(1) Within the framework of classified-material contracts, each Contractual Party shall permit visits involving access to classified material that is made available by a Contractual Party in an individual case or that is covered by a security protection agreement, where such visits occur in the governmental offices, institutions, and laboratories of that

Contractual Party, as well as in industrial institutions of the contractors, and are carried out by civil and military representatives of the other Contractual Party or by personnel of the latter's contractors, provided that the visitor is in possession of an appropriate security clearance certificate and satisfies the "Need to know" requirement.

(2) Subject to the following provisions, such visits shall be organized directly between the sending institution and the one to be visited:

1. The entirety of the visiting personnel shall observe the security regulations of the host Contractual Party. Classified material that is made known to visitors or is placed at their disposal shall be treated as if it had been transmitted to the Contractual Party that sent the visiting personnel, and it shall be protected accordingly.

2. The measures described in these subclauses shall apply to personnel of the contractors and to military or civilian representatives of the Contractual Party, who are required to carry out visits in:

a) an official agency or another governmental office of the other Contractual Party or

b) the institutions of an international or other armaments company or its sub-contractors, which are domiciled in one or more countries of the Contractual Parties to the Framework Agreement, such that access to classified material at the security classification VS-VERTRAULICH/CONFIDENTIEL DÉFENSE and GEHEIM/SECRET DÉFENSE is necessary.

3. During these visits, the following preconditions must also be fulfilled:

a) the visit must serve an official purpose in connection with armaments activities of the Contractual Party;

b) the institution to be visited has received the appropriate security clearance in accordance with article 7, provided it is a question of a corporate institution.

4. Before the arrival of the visitor in an institution, a visit application containing confirmation of the mandatory security clearance certificate of the visitor must be presented directly to said institution by the official charged with security of the sending institution. For purposes of establishing identity, the visitor must be in possession of a personnel ID/official ID or passport for presentation to the security agencies of the institution to be visited.

5. The officials charged with security are obligated to:

a) guarantee to the sending institution, together with its NSB/BSB, that the corporate institution to be visited is in possession of an appropriate security clearance;

b) achieve agreement between the sending institution and the institution to be visited regarding the necessity of the visit.

6. The official charged with security of the institution to be visited must assure that lists of all visitors are maintained, which contain the visitor's name, the name of the organization he represents, the expiration date of his security clearance certificate, the date/dates of the visit/visits, and the name/names of the visited person/persons. Said lists must be kept for a minimum of five years.

7. In the case of visits lasting more than 21 days, the NSB/BSB of the host Contractual Party shall be authorized to request appropriate advance notice of their institutions to be visited. Said NSB/BSB may subsequently issue its approval; however, in the event that security problems arise, it shall consult the NSB/BSB of the visitor.

8. Visits in connection with classified material at the security classification STRENG GEHEIM/TRÈS SECRET DÉFENSE shall require prior approval by the competent security agencies of the Contractual Parties. In this case, the visit applications must be sent to the competent security agencies through official governmental channels.

9. Visits in connection with information as cited in article 2 paragraph 2 shall be agreed to without formalities directly between the sending institution and the institution to be visited.

Article 11. Mutual coordination

(1) The competent agencies of the Contractual Parties shall take note of the provisions regulating the protection of classified material that are in effect on the territory of the other Contractual Party.

(2) To assure close cooperation in implementing this Agreement, the competent agencies shall coordinate with each other.

(3) Furthermore, each Contractual Party shall grant the NSB/BSB of the other Contractual Party or any other agency designated by mutual agreement permission to make visits on its territory in order to discuss with its security agencies procedures and institutions for protecting the classified material/protection markings that are made available to it by the other Contractual Party. Each Contractual Party shall support this agency in determining whether this information is adequately protected. The details of the visits shall be determined by the competent agencies; article 9 shall apply accordingly.

Article 12. Violation of the provisions regarding the mutual protection of classified material

(1) If the unauthorized disclosure of classified material is supposed or established, this must be communicated to the other Contractual Party without delay.

(2) Violations of the provisions regarding the protection of classified material shall be investigated by the competent agencies of the Contractual Party on whose territory said violation was committed. The other Contractual Party shall support these investigations if so requested and shall be informed regarding the results.

Article 13. Costs

In implementing this Agreement, no special costs are expected to arise in the normal course of business. Costs arising for one Contractual Party may under no circumstances be charged to the other Contractual Party.

Article 14. Competent agencies

The Contractual Parties shall inform each other as to which agencies are competent for carrying out this Agreement.

Article 15. Relation to other agreements

Special agreements existing between the two Contractual Parties regulating the protection of classified material shall remain in effect provided that their provisions do not conflict with this Agreement.

Article 16. Revocation of the Agreement dated 22 June 1978

The Agreement dated 22 June 1978 between the Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the French Republic regarding the mutual protection of classified material is rendered invalid and is replaced by this Agreement.

Article 17. Final provisions

(1) Each Contractual Party shall notify the other regarding the conclusion of the constitutional processes which it requires in order for this Agreement to enter into force; this Agreement shall enter into force on the first day of the second month after the receipt of the second notification.

(2) This Agreement is concluded for an indefinite period.

(3) The Contractual Parties shall mutually inform each other regarding every modification that might affect the implementation of this Agreement. This applies especially to the information defined in article 2 paragraph 2.

(4) Each Contractual Party at any time may in writing request a modification of this Agreement. The latter may be modified at any time in writing through the mutual agreement of the two Contractual Parties. If one Contractual Party submits a request to this effect, the Contractual Parties shall undertake negotiations regarding said modification.

(5) Each Contractual Party may terminate this Agreement through diplomatic channels with six months' notice. In the event of termination, the classified material that has been transmitted on the basis of this Agreement or that has been generated by the contractor shall continue to be treated in accordance with article 4 as long as the continuation of the classification justifies this.

(6) Differences of opinion that may arise in implementing or interpreting this Agreement shall be resolved exclusively through the mutual consultation of the Contractual Parties.

Done in Berlin on 15 March 2005 in two copies, each in the German and French language, each being equally authentic.

For the Government of the Federal Republic of Germany:

THOMAS LÄUFER

For the Government of the French Republic:

CLAUDE MARTIN